



REPUBLIK ÖSTERREICH
D A T E N S C H U T Z R A T

24/SN-236/ME XVII. GP - Stellungnahme (gescanntes Original) 24/SN-236/ME von 5

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) ~~801872828~~ 2525 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900
Dr. FISCHER-SZILAGYI, Kl. 2769

GZ 815.978/1-DSR/89

Novelle zum Wasserrechtsgesetz 1959;

Stellungnahme des Datenschutzrates

An das
Präsidium des Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	60. C. 2. SP
Datum:	18. DEZ. 1989
Verteilt	20. Dez. 1989

[Handwritten signature]
L. Stenungzl

Der Datenschutzrat beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner
Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Wasserrechtsgesetz 1959 (Wasserbuch-Novelle) geändert wird, zu
übermitteln.

Anlagen

13. Dezember 1989
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
i.A. DOHR

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Wiesinger



REPUBLIK ÖSTERREICH
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) ~~6315/2328-2625~~ 531 15/0
Fernschreib-Nr. 1370-900

Dr. FISCHER-SZILAGYI, Kl. 2769

GZ 815.978/1-DSR/89

Novelle zum Wasserrechtsgesetz 1959;

Stellungnahme des Datenschutzrates

An das
Bundesministerium für
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1
1012 W i e n

Der Datenschutzrat hat in seiner 66. Sitzung vom 4. Dezember 1989 zu dem mit Schreiben vom 13. November 1989, GZ 16.550/47-I6/89, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Wasserrechtsgesetz 1959 geändert wird (Wasserbuch-Novelle), beschlossen, folgende

S t e l l u n g n a h m e

abzugeben:

Trotz grundsätzlicher Zulässigkeit der Führung des Wasserbuches mittels Automationsunterstützung ist sicherzustellen, daß Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse bei Einsicht gewahrt bleiben, wobei der europäische Standard (EG-Konformität) zu berücksichtigen wäre.

Zu § 124 Abs. 3 letzter Satz:

Nach dieser Bestimmung sollen auch "weitere Angaben, insbesondere über Beschränkungen des Wasserrechtes im öffentlichen Interesse" in die Evidenz aufgenommen werden. Dies stellt eine nicht ausreichende gesetzliche Ermittlungs- und Übermittlungsermächtigung im Sinne der §§ 6 und 7 DSG dar. Es sollte daher eine nähere Determinierung erfolgen.

- 2 -

Datenschutzrechtlich unbedenklich wäre § 124 Abs. 3 letzter Satz, wenn die Bestimmung lautet: "Angaben über Beschränkungen des Wasserrechtes im öffentlichen Interesse sind zulässig."

Zu § 126 Abs. 5:

Es wird angeregt, die Erläuterungen zu § 126 dahingehend zu ergänzen, daß durch diese Bestimmung § 12 DSG, der geringere Anforderungen an ein Lösungsbegehren stellt, nicht berührt wird.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

13. Dezember 1989
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
i.A. DOHR

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Wiesinger

